

Alle Bestellungen nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Dresden die Expedition der Dresdener Zeitung, Berolinastr. Nr. 20. Unter den Händen für den Raum einer festbestimmten Zeitstelle 1/2 Gr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Dresden 1 Rthl. 15 Gr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Gr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der posten Feiertage.

Breslauer



Beitrag.

N^o 32.

Sonnabend den 1. Februar

1851.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Hamburg, 30. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Die zu heute erwarteten österreichischen Truppen sind angelangt.

Paris, 28. Januar, Abends 8 Uhr. Die letzte Botschaft des Präsidenten der Republik an die National-Versammlung wird auf Befehl des Ministeriums in allen Gemeinden angeschlagen. — Die Gläubiger Manguins haben an die Legislative ein Gesuch gerichtet, denselben wegen Schulden zu verhaften. Das Gesuch wurde dem Bureau zugewiesen. — Einem Gerichte zufolge würde das neu gebildete Ministerium ungeachtet der rekonstituirten Majorität dennoch mehrere Monate verbleiben. Dasselbe Gerichte besagt auch, daß ein späteres definitives Ministerium die Dotations- und Verfassungs-Revision fordern solle. — Der Erzbischof von Paris hat den Geistlichen die Theilnahme an Politik verboten.

Paris, 28. Januar, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 80, 5% 96, 20.

Hamburg, 30. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide still. Del flauer, p. Mai 21%, p. Oktober 22. Kaffee unverändert, geringer Umsatz.

Stettin, 30. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 32 1/2, p. Frühjahr 33 Gld. Rüböl 10, p. Frühjahr 10 1/2, p. Herbst 10 1/2 bez. Spiritus 24, p. Frühjahr 22 1/2, Gld.

Amsterdam, 29. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Raps p. Frühjahr 57, p. Oktober 55. Rüböl p. Frühjahr 33 1/4, p. Oktober 33 1/2. Roggen geschäftlos.

Turin, 26. Januar. Bereits werden Bureau's für die Zensurcommissionen organisirt. — Die Deputirtenkammer hat gestern einen Gesetzentwurf angenommen, solchen Offizieren italienischer Abkunft, welche Venedig vertheidigten, eine Pauschalsumme von jährlich 130,000 Lire zum Unterhalt auszusprechen. Das Ministerium hatte zu diesem Zwecke in dem Budget des Kriegsdepartements nur 100,000 Lire angezählt. Die Deputirtenkammer hat diesen Betrag um 30,000 Lire erhöht; zugleich beschäftigt sich eine Kommission mit der Aufgabe, die Namen sämmtlicher Deputirten, welche für das Siccardische Gesetz stimmten, durch ein öffentliches Denkmal zu verewigen. Heute erstellte die Deputirtenkammer dem Ministerium die Befugniß, die direkten und indirekten Steuern fort zu erheben und die laufenden Auslagen davon zu bestreiten. Der Termin dieser Bewilligung soll mit Ende April d. J. zu Ende gehen.

Florenz, 26. Jan. Gestern empfing der Großherzog den Baron Naffo, Minister der auswärtigen Angelegenheiten des Bey von Tunis, welcher ein eigenhändiges Schreiben des letzteren überreichte. Naffo war von seinem Sekretär, dem Grafen von Mortara und dem tunesischen Konsul zu Livorno, Paul Zausch, begleitet.

Rom, 24. Januar. Der Papst hat den Kardinal Consolini zum Staatsrath-Vizepräsidenten ernannt.

U e b e r s i c h t.

Breslau, 31. Jan. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer wurde in der Beratung der Verordnung, den Belagerungszustand betreffend, fortgefahren. Man kam bis zum § 13.

Der bekannte Antrag des Abgeordneten v. Arnim, in Schleswig-Holsteinischen Angelegenheiten wurde, wie seiner Zeit gemeldet, einer Kommission übergeben. Diese hat mit 6 gegen 4 Stimmen beschlossen, die Kammer zu ersuchen, durch Uebergang zur Tagesordnung den Antrag zu befeitigen.

Heut soll das Präsidium der zweiten Kammer für die ganze gewöhnliche Session gewählt werden. Nachdem sich die ministeriellen Organe auf Entschiedenheit gegen die Wiederwahl des Grafen Schwerin erklärt haben, dürfte die Wahl des bisherigen Präsidenten der zweiten Kammer eine entscheidende Niederlage des Ministeriums in sich schließen.

Der Prinz von Preußen ist von dem Oberkommando des Gardes, des 2., 3. und 4. Armeekorps wieder entbunden und mit dem Militär-Departement in den Rheinprovinzen und Westfalen, also des 7. und 8. Armeekorps, betraut worden.

Der dänische Finanzminister Graf Sponneck konsultirt fleißig mit dem preussischen Premier-Minister und hatte gestern eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige, in welcher er ein Schreiben seines Monarchen überreichte. Die Bemühungen des dänischen Finanzministers sollen jedoch in Berlin ebensoviele Glosse haben, als sie in Wien hatten.

Die kleineren deutschen Staaten sind fest entschlossen, ihre Rechte zu wahren, sowohl in Betreff der aufgeräumten militärischen Befugniß ihrer Länder durch die Oesterreicher, als in Betreff ihrer Stimmzettel bei der neuen deutschen Centralwahl. Sie wollen den bis herigen einzelnen Protesten durch einen Kollektiv-Protest Nachdruck geben.

Ein Korrespondent der Const. Ztg. aus Frankfurt äußert sich ausführlicher über die Haltung und Befugniß der nächsten zu schaffenden provisorischen Centralgewalt. Der Prinz von Preußen und der Herzog von Albrecht sollen an deren Spitze stehen. Uebrigens meint derselbe, man werde sich, da in Dresden doch Nichts zu Stande komme, wieder nach Frankfurt flüchten, und dort den alten Bundestag ins Leben rufen.

Aus Rassel schreibt man uns, daß ein schon lange fortwährendes Gerücht nun wahr werden solle. Es sollen nämlich einige kaiserliche Regimenter nach Böhmen verlegt werden, und dafür eben so viele preussische Regimenter zurückgezogen werden. Die betreffenden Regimenter seien längst bereit. — Wird dies angeführt, so hat Oesterreich seinen längst beabsichtigten Plan erreicht, nämlich das östliche Deutschland von dem westlichen durch eine österreichische Heeresstraße, die vom Main bis zur Ost- und Nordsee reicht, zu theilen.

General Grabow soll den Oberbefehl über das in Mecklenburg zusammengezogene preuss. Korps erhalten.

Ueber den Uebergang der Oesterreicher geben wir unter dem Artikel „Lauenburg“ einen ausführlichen Bericht.

Nachdem am 29. Januar 2200 Mann österreichischer Infanterie nebst einer Batterie in Hamburg einmarschirt sind und so-

fort die Wachen bezogen haben, sind am 30. Januar die übrigen österreichischen Truppen nachgezogen.

Das Berliner C. B. will wissen, daß 4 Bataillone Oesterreicher und ebensoviele Preußen in Rendsburg eingerückt wären. Die Nachricht ist wahrscheinlich eine vorzeitige, denn die Berl. „Reform“ meldet, daß Preußen und Oesterreicher Rendsburg in gleicher Anzahl besetzen sollen und ebenso berichtet der Hamb. Korresp., daß 6000 Oesterreicher die Besatzung Rendsburgs bilden würden, an der auch die Preußen gleichmäßig sich betheiligen wollen. Uebrigens sollen 800 Dänen das Kronwerk der Festung Rendsburg besetzen.

Die Regierung für Holstein soll noch in dieser Woche gebildet werden.

Am 29. Januar sind zu Eckersförde dänische Gardes, Husaren und Dragoner eingeschifft worden.

Das neue Ministerium zu Paris soll nur einige Monate bestehen und dann einem definitiven Kabinette Platz machen, welches die Dotations- und Verfassungs-Revision in die Hand nehmen werde.

P r e u ß e n.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

13. Sitzung vom 30. Januar.

Präsident: Graf v. Rittberg.

Eröffnung 11 1/2 Uhr.

Am Ministertische: Simons, v. Westphalen, Regierungskommissarius Klef.

Nach Beratung und Genehmigung des Protokolls trägt der Abg. v. Ammon darauf an, den Zusatz zu § 8: „Bringt der Berichterstatter u.“, mit seinen Amendements nochmals zur Frage zu stellen. Der Präsident glaubt, daß man auf einen bereits gefassten Beschluß nicht nochmals zurückkommen könne. Der Abg. v. Zander ist der Ansicht, daß allerdings möglicher Weise ein Irrthum bei der Abstimmung habe obwalten können, da diese so vorgenommen worden sei, daß die dazu gestellten Amendements nicht mehr zur Frage gestellt werden konnten, daß aber dieser Irrthum von den betreffenden Stimmgebern selbst verschuldet sei. In der von dem Abg. Frech vorgeschlagenen namentlichen Abstimmung wird der Antrag des Abg. v. Ammon mit 64 gegen 53 Stimmen abgelehnt.

Der Abg. v. Reibnitz hat sein Mandat niedergelegt. Folgender Antrag des Abg. v. Winke, der außerdem noch von 25 Abgeordneten unterschrieben ist, wird einer Kommission von 15 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen:

Die Kammer wolle beschließen, als Gesetz vorzuschlagen, was folgt: Artikel 1. Die Bezugsliste der Kreisverordnungen (Art. 10 bis 14 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März v. J.) werden von dem in § 147 der Gemeinde-Ordnung vom 11. März v. J. bezeichneten Kreis-Kommission, welche für diesen Zweck durch Hinzuziehung der Stellvertreter in ihrer Mitgliederzahl zu verfahren ist, unter dem Vorhitz des Landraths auszuüben. Artikel 2. Dergleichen Kommissionen sind als einstufige Kreisvertretung auch in denjenigen Kreisen zu bilden, in welchen der in § 146 der Gemeinde-Ordnung vorgesehene Fall nicht vorkommt. Artikel 3. Der in Art. 10 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vorgesehene Rekurs ist an den Ober-Präsidenten zu richten. Artikel 4. In Bezug auf die Fassung der Beschlüsse der einstufigen Kreisvertretung kommt Art. 18 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung zur Anwendung. Artikel 5. Sobald die Vertretungen der Gemeinden und, wo Sammelgemeinden bestehen, die Vertretungen der Sammelgemeinden, in Wirklichkeit getreten sind, wird die eigentliche Kreisvertretung nach Art. 6 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung gewählt und eingesetzt, wobei der Ober-Präsident die Funktionen des Bezirksraths so lange, bis dieser gebildet sein wird, wahrnimmt.

Auf der Tagesordnung ist der von dem Abg. Schlieper erstattete Bericht über die Verordnung betreffend den Belagerungszustand. An der Diskussion über § 9 betheiligen sich die Abgeordneten v. Zander, von Depper, Schnaase, Stünzner, Wächler.

Der Abg. von Plög erklärt sich für den Kommissionsantrag, weil es nicht normale Verhältnisse sind, für welche dies Gesetz gegeben ist, sondern abnorme und außergewöhnliche. Wären wir im Frieden, wäre der Patriotismus, die Liebe zu König und Vaterland noch so wie in der alten Zeit, so brauchten wir nicht so strenge Gesetze; aber gegen Hände, die sich gegen den König und die bestehende Obrigkeit erheben, müssen draconische Gesetze gegeben werden, und es schadet nichts, wenn da die Feder, die das Gesetz schreibt, in Blut getaucht ist.

Ebenso spricht sich der Abg. v. Firkus aus. Das Strafmaß von drei Jahren sei kein zu hohes, der Sprung von einem Jahre Gefängniß bis zur Todesstrafe zu groß; drei Jahre auch keine unbillige Strafe. (Große anhaltende Heiterkeit.)

Inzwischen ist der Finanzminister v. Rabe und der Kultusminister v. Raumer eingetreten.

§ 9 lautet:

Wer an (in) einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Bezirke (Distrikte)

a) in Beziehung auf die Zahl, die Marschrichtung oder angeblichen Siege der Feinde oder Auftritte wissenschaftlich falsche Gerüchte ausstreut oder verbreitet, welche geeignet sind, die Civil- und Militär-Vertheilung hinsichtlich ihrer Maaßregeln irre zu führen, oder

b) ein bei der Erklärung des Belagerungszustandes oder während desselben von dem Militär-Bereichshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertreift, oder zu solcher Uebertretung aufzodert oder anreizt, oder

c) zu den Verbrechen des Vulkens, der thätlichen Widersetzlichkeit, der Beleidigung eines Gefangenen oder zu anderen, in § 8 vorgesehene Verbrechen (wenn auch ohne Erfolg) auffordert oder anreizt, oder d) Personen des Soldatenstandes zu Verbrechen gegen die Subordination oder Begehungen gegen die militärische Justiz und Ordnung zu verleiten sucht, soll, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe (Strafe) bestimmen, auch nicht die schwerere Strafe der Urtheilskraft oder der Heilnahme eintritt, mit Gefängniß (Freiheitsstrafe) von sechs Wochen bis zu einem Jahre (drei Jahren) bestraft werden.

(Die von der Kommission vorgeschlagenen Zusätze sind gepörrt gedruckt; die Worte „wenn auch ohne Erfolg“ sollen nach dem Antrage der Kommission gestrichen werden.)

Der Regierungskommissarius erklärt, daß die Regierung mit den Vertheilungen der Kommission im Allgemeinen einverstanden ist und daß sie die Erhöhung des Strafmaßes von einem auf drei Jahre anheimstellt.

Der § 9 wird nach dem Vorschlage der Kommission angenommen. Die Erhöhung des Strafmaßes auf drei Jahre in der von Abg. Herzmay beantragten namentlichen Abstimmung mit 69 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Für Annahme des Maximums von 3 Jahren stimmen u. A. die Abg. v. Hertefeld, Kamp, Koppe, Klee, Küpper, v. Landsberg, Lympius, v. Manteuffel, v. Meßing, v. d. Osten, v. Pasleske, v. Plög, v. Puttkammer, v. Redern, Fürst Reuß, Graf Rittberg, v. Schlieffen, Schlieper, v. Schweinik, Stünzner, v. Thielemann, v. Trotha, Unverricht, Graf Arnim, v. Brandt, Brüggemann, v. Buddenbrock (Meferski), Cottener, Denzin, di Dio, Graf Dohna, v. Firkus, v. Gerlach. Dagegen stimmen die Abg. Hansemann, Heffter, Heitmann, Graf Heldorf, Herzmann, v. Kries, Kühne, v. Lort, Malinkrot, Mathis, Möwes, v. Ohsfelder, Röster, v. Sanden, Schnaase, v. Seydlitz, Straß, v. Spödel, v. Winke, de Weerth, Graf York, v. Zander, v. Z. Mühlen, v. Ammon, v. Arnim, Baumstark, Behrend (beide), Bergmann, Bode, Böcking, Buddenbrock, v. Costenoble, Delius, Dietrich, Dönhoff (beide), Frech, Friccius, Goldammer.

Folgender Antrag des Abg. Schnaase wird in namentlicher Abstimmung mit 66 gegen 55 Stimmen angenommen.

Die Schlussworte des § 9 der Verordnung dahin zu fassen: „soll, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft werden.“

§ 10 lautet:

Die Suspension des Art. 7 der Verfassungsurkunde hat die sofortige Anordnung außerordentlicher Kriegsgerichte zur Folge. Wird zur Bildung solcher Kriegsgerichte geschritten, so gehört vor dieselben die Unterjuchung und Aburtheilung der Verbrechen des Hochverrats, des Landesverrats, des Mordes, des Aufruhrs, der thätlichen Widerlegung, der Befreiung von Gefangenen, der Meuterei, des Raubes, der Plünderung, der Erpressung, der Verleitung der Soldaten zur Untreue, und der in den §§ 8 und 9 mit Strafe bedrohten Verbrechen und Vergehen.

Als Hochverrath und Landesverrath sind in dem Bezirke des rheinischen Appellationshofes zu Köln die Verbrechen und Vergehen wider die innere und äußere Sicherheit des Staates (Art. 75—108 des rheinischen Strafgesetzbuches) anzusehen.

Ist die Suspension des Art. 7 der Verfassungsurkunde nicht vom Staats-Ministerium erklärt, so bleibt in Friedenszeiten bei den von dem Kriegsgerichte eingeleiteten Untersuchungen der Erlass des Urtheils ausgesetzt, bis die Suspension vom Staatsministerium genehmigt ist.

Dazu hat der Abg. v. Körner folgenden Verbesserungsantrag gestellt: zum § 10 hinter Alinea 1 hinter dem Worte „Vergehen“ hinzuzufügen:

„insfern alle genannten Verbrechen und Vergehen nach der Erklärung und Bekanntmachung des Belagerungszustandes begangen worden sind.“

Der Justizminister: Ich empfehle Ihnen, meine H., den Antrag des Abg. v. Körner abzuweisen, da er sich im Allgemeinen von selbst versteht, in besonderen Umständen aber, z. B. bei Verbrechen, die vor der Erklärung des Belagerungszustandes begangen und während desselben fortgesetzt sind, nicht zur Ausfühlung kommen kann. Die Entscheidung über die Zuständigkeit solcher Verbrechen ist füglich den Behörden zu überlassen.

Der Minister des Innern erklärt sich mit Entscheidung gegen den ersten, von der Kommission vorgeschlagenen Zusatz.

Diese Zusätze werden abgelehnt. Der § 10 wird in seiner ursprünglichen Fassung mit dem Zusätze der Worte: „Bestrafung von Eisenbahnen und Telegraphen“ nach: „der thätlichen Widerlegung“ auf Antrag des Abgeordneten v. Seydlitz und mit dem Antrage des Abg. v. Körner, letzterer mit 64 gegen 50, angenommen.

Auch der zweite Zusatz der Kommission wird angenommen, jedoch auf den Antrag des Abg. v. Zander statt der Worte: „der Erlass“ gesetzt: „die Vollstreckung.“

Ein Vertagungsantrag des Abg. v. Zander wird von diesem auf den Einspruch des Abg. v. Manteuffel, daß man in den Beratungen noch nicht weit gediehen sei, und daß man besonders der linken Seite des Hauses einen großen Aufwand an Zeit verdrange, — zurückgegeben.

§ 11 wird mit folgendem Zusatz der Kommission, den der Regierungskommissarius empfiehlt, angenommen:

§ 12 wird ohne Diskussion unverändert angenommen. Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Berlin, 30. Jan. Sr. Majestät der König haben allergnädigst geruht: an Stelle des verstorbenen Konsuls Condogui in Patras den Kaufmann J. Gradmann zum Konsul daselbst zu ernennen.

Berlin, 30. Jan. [Die Dresdener Konferenzen. — Heinrich v. Arnims Antrag. — Agitation gegen die Wiederwahl des Grafen Schwerin zum Präsidenten der zweiten Kammer. — Die katholischen Prälaten und die Verfassung. — Graf Sponneck.] Die letzte Nummer der „Deutschen Reform“ sucht die Beforgnisse hinweg zu disputiren, welche sich über die gürtelartige Umschließung von ganz Norddeutschland durch österreichische Besatzungs-Truppen hier in immer lauteerer Weise kund zu geben beginnen. Mag man immerhin aus strategischen Rücksichten die Nothwendigkeit dieser Besetzung darzulegen suchen, die öffentliche Meinung hier sucht andere Motive dafür, und ist namentlich sehr geneigt, diese Angelegenheit mit gewissen Otkroyungsplänen in Verbindung zu bringen, die in Dresden binnen Kurzem zur Ausführung kommen dürften. In der hiesigen Tagesgeschichte wird dieses Sachverhältniß im Augenblicke noch durch den Hintritt einer anderen Thatfache in den Vordergrund gerückt: Graf Bülow, der mecklenburg-schwernische Minister-Präsident ist nämlich seit vorgestern hier anwesend, um persönlich dem Proteste bei dem hiesigen Ministerium Nachdruck zu geben, der von Seiten der schwernischen Regierung gegen die willkürliche Besetzung mecklenburgischer Landestheile durch österreichische Truppen auch hier ebenso wie in Dresden eingeleitet worden ist. Eine Abhilfe gegen diese Nichtbeachtung vollgültiger Proteste, welche die in letzter Zeit so viel gehörten Pfaffen von der Wahrung der Rechte aller einzelnen deutschen Staaten auf ihren ganzen nichtsagenden Werth zurückzuführen, steht freilich hier nicht zu erwarten; nach Nachrichten aber, die mir von bewährter Seite zugehen, steht die Aufrechterhaltung einer anderen Rücksicht dieser Besetzungen zu erwarten. Je rücksichtsloser man nämlich im Augenblicke gegen die kleinen Staaten verfährt, und je mehr man bei der Neugestaltung der politischen Verhältnisse Deutschlands in Dresden sie von Neuem

in ihrer Selbstständigkeit bedroht, um so mehr scheinen dieselben entschlossen, ihre Selbstvernichtung noch durch einen energischen Schritt abzuwehren zu versuchen. Die vorzeitig bei der ersten Kommission in Dresden angebrachten mehrseitigen Proteste gegen die vielbesprochene direktorialartige Form der Exekutiv-Gewalt sind bekanntlich vorläufig nur aus dem formellen Grunde zurückgewiesen worden, weil das Plenum für die Anbringung derselben die einzig berechnete Instanz sei. Gerade die Zeit, welche dadurch aber für die kleinen Staaten gewonnen ist, wird gegenwärtig zu Unterhandlungen benützt, um einen gemeinsamen Kollektiv-Protest aller der in ihrem Stimmverhältniß vertheilten Staaten einzubringen, sobald die Sache in's Plenum kommt, zugleich unter der Androhung eines völligen Zurücktretens von den Dresdener Konferenzen, falls der eingeschlagene Weg nicht völlig aufgegeben werde. Waben, die beiden Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, die Hansestädte, und selbst die beiden Könige von Dänemark und Holland als Theilnehmer am deutschen Bunde, dürften sich, so verschiedert man mit, einem derartigen Schritte anschließen, und die ausführliche mecklenburgische Denkschrift, die Graf Bülow bereits in Dresden über diesen Gegenstand übergab, hierbei als Norm festgehalten werden. Wie im Falle eines derartigen Protestes nach dem Wortlaute der bekannten Einladungsschreiben für die Dresdener Konferenzen, der die freie Zustimmung aller Betheiligten zur Bedingung etwaniger Umgestaltungen macht, ohne die kraftlosen Rechtsverletzungen noch überhaupt Etwas in Dresden zu Stande kommen soll, sieht gleich uns wohl noch Niemand ab, wenn nicht eben die österreichischen Truppenausdehnungen und die Gerüchte von bevorstehenden Otkroyungen etwa einen Fingerzeig dafür abgeben. — Man erinnert sich des bekannten von Heinrich v. Arnim in der ersten Kammer eingebrachten Antrags wegen strenger Erfüllung der von den Bundes-Kommissarien der schleswig-holsteinischen Statthalterchaft gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Da der Antrag selbst so wie die Dringlichkeit desselben hinreichend unterstüzt ward, wurde eine besondere Kommission von 10 Mitgliedern zur Vorberatung derselben niedergesetzt. Diese Kommission, die sich unter dem Vorhitz des Grafen Zech-Burkersrode konstituirte hatte, hat in einer gestern gehaltenen Sitzung die vollständige Befestigung des Antrags durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung mit 6 gegen 4 Stimmen dem Plenum vorzuschlagen beschlossen. — Einer der ersten Gegenstände, der für die zweite Kammer auf die Tagesordnung kommen muß, ist die Erneuerung des Präsidiums, da noch in dieser Woche die bisherige Wahlzeit abläuft. Die nächste Wahl erfolgt der Geschäftsordnung zufolge für die Dauer der ganzen Session, und es ist bei der scharf ausgeprägten Opposition, in welche Graf Schwerin in jüngster Zeit gegen das Ministerium getreten ist, und bei der feindseligen Haltung, welche hierdurch dem ganzen Verhältniß der zweiten Kammer gegenüber der Regierung in ihren äußerlichen Beziehungen aufgedrückt wird, außerordentlich erklärlich, wenn diese Neuwahl diesmal von den Parteien zu einer Prinzipienfrage der wichtigsten Art gemacht wird. Alle Agitationen in den Fraktionen drehen sich im Augenblicke um diesen Punkt, und man wirbt und buhlt um jede Stimme. Ich glaube aber die Wiederwahl des Grafen als gesichert betrachten zu dürfen. Die äußerste Rechte erkannte, daß ihr bisheriger Kandidat, Graf Arnim-Bogkendorf, keine Chancen habe, näherte sich deshalb der gemäßigten Rechten und schlug ihr vor, deren Führer, den Abgeordneten Geppert, auf den Präsidentenstuhl zu setzen. Dieser aber hat die Kandidatur selbst abgelehnt und überdem erklärt die 17 polnischen Abgeordneten, die sonst mit der Rechten gehen, nicht gegen Schwerin, der sich ihnen immer persönlich sehr freundlich gezeigt habe, stimmen zu wollen. Dadurch sind die Parteien auseinandergefallen und es steht nun keine geschlossene Masse mit einem gemeinsamen Kandidaten der vereinigten Linken gegenüber. Die Wiederwahl des Grafen Schwerin müßte aber, wie die Sache hier liegen, schwerer als irgend eine andere entscheidende Niederlage der Ministeriums innerhalb der Kammer. — Die katholischen Kirchenprälaten und namentlich der Kardinal Fürstbischof von Breslau, welche die Rechte ihrer Kirche durch unsere Verfassungs-Urkunde wesentlich beeinträchtigt halten, scheinen entschlossen, den von ihnen abhängenden Geistlichen überhaupt eine politische Wirksamkeit auf Grund dieser Verfassung nicht mehr zu gestatten, indem dadurch eine immer erneuert Anerkennung derselben erfolge. Hierin allein soll die soeben erfolgte Niederlegung des Mandats von Seiten dreier Abgeordneten, die zugleich Geistliche sind, ihren Grund haben. — Graf Sponneck, der dänische Minister und Unterhändler, der heute eine Audienz beim Könige hatte, ward hierauf zur Königl. Tafel gezogen. — P. S. Nach einer, eben den Abgeordneten zugesandten Ankündigung des Präsidenten wird morgen Mittag 12 Uhr eine Sitzung der zweiten Kammer stattfinden, und ist für dieselbe eben die oben besprochene Ernennung des Präsidenten auf die Tagesordnung gesetzt.

Berlin, 30. Januar. [Tagesbericht.] Sr. Majestät der König sind heut Vormittag von Charlottenburg herüber gekommen. Der Herr Ministerpräsident hielt im Schlosse Alteschloßhofens den Vortrag. Gegen Mittag fuhr Sr. Maj. nach Charlottenburg zurück. Hier wird der dänische Minister Graf Sponneck das Schreiben seines Souveräns an unsern König übergeben. — Nach Depeschen, welche die Regierung empfangen hat, ist Rendsburg von 4 Bataillonen Oesterreichern und 4 Bataillonen Preußen besetzt. (?) — Der österreichische Feldmarschall-Lieutenant von Legebitsch ist bei dem Uebergange der österreichischen Truppen über die Elbe preussischer Seite durch den General v. Muffow begrüßt worden. Die beiden Generale haben in ihren Reden ganz besonders, den freundschaftlichen Gefühlen, von denen ihre hohen Souveräne gegen einander durchdrungen seien, Ausdruck. — Der General von Grabow ist zum Kommandirenden der an der mecklenburgischen Grenze aufgestellten preuss. Truppen ernannt. — Der dänische Minister Gr. Sponneck hatte gestern wieder eine längere Konferenz mit dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel. — Die französischen Zustände haben begreiflicherweise die Aufmerksamkeit unserer Regierung, wie die aller Regierungen auf sich gezogen. Dieselbe bezog in der letzten Zeit sehr häufige Berichte aus Paris. Wenn dieselben überhaupt ernste Beforgnisse anzudeuten nicht ge-

eignet schienen, so sollen namentlich die letzten Berichte, so viel wir erfahren, durchaus beruhigender Natur gewesen sein. — Der zur Zeit nach Paris berufene französische Gesandte am hiesigen Hoflager Herr von Lefebvre wird dem Vernehmen nach sehr bald hierher zurückkehren. — Der in Folge bekannter Bewürnisse inwitten des hiesigen Teubnuds bei dem hiesigen königlichen Stadtrichter angestellte Injurienprozess des Grafen Lüdner gegen den Dr. Wollmer ist zu Gunsten des Klägers entschieden, und der Beklagte zu einer Geldbuße von 30 Rthlr., event. zu 14tägiger Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Dieser Prozess ist als die Einleitung zu anderweitigen gerichtlichen Prozeduren zu betrachten, welche der oft angegriffene Graf Lüdner anzustellen im Begriff ist. — Staatsrath Seebek, welcher der thüringischen Ministerialkonferenz präsidiren wird, ist nicht mehr in Berlin anwesend. (C. B.)

Der Graf Sponeck wird hier Sr. Maj. dem Könige ein Schreiben des Königs von Dänemark übergeben. Die Verhandlungen desselben mit dem Fürsten Schwarzenberg sind, wie wir vernehmen, zu keinem Abschluss geblieben, vielmehr hat der Fürst Schwarzenberg unter Berufung auf den status ante bellum der preussischen Regierung die Verhandlungen über die Verhältnisse der Herzogthümer überlassen und sich die spätere Genehmigung der Resultate vorbehalten. Wir dürfen die Hoffnung aussprechen, daß die jegige preussische Regierung sich nicht begnügen wird, die Rechte Holsteins auf seine Verbindung mit dem Herzogthum Schleswig bloß durch Rechtsvorbehalte zu wahren, sondern daß diese Rechte endlich auch faktisch in den frühesten Stand zurückversetzt werden. Die Norm dafür, der status ante bellum, ist eine sehr leicht erkennbare und untrügliche. Die Kunde der schleswig-holsteinischen Zustände, welche bei der Regierung ohne Zweifel stattfindet, wird die Führung der Verhandlungen hier leichter als in Wien machen, und dieser Umstand scheint auch die Ursache zu sein, weshalb der Fürst Schwarzenberg diese Verhandlungen hierher verlegt wünscht.

Der Regierungschef-Präsident Graf v. Pückler in Oppeln soll entschlossen sein, sich zur Disposition stellen zu lassen, da er nicht im Stande sei, die Gemeinde-Ordnung nach der erteilten Instruktion zur Ausführung zu bringen.

Bei den bevorstehenden Ernennungen, resp. Versetzungen, soll auch der bisherige Decernent im Ministerium des Innern für die Gemeinde-Ordnungs-Angelegenheiten, Landrath v. Seelow, eine Rangeshöhung erfahren und nach einer Bezugsregierung versetzt werden; wenigstens nennt man in gutunterrichteten Kreisen den Regierungsrath von Kälhow in Liegnitz als seinen Nachfolger im Ministerium des Innern.

Der k. l. Ministerialrath im Handels-Ministerium, Dr. Hoel, ist aus Wien wieder hier angekommen. (N. P. 3.)

[Militärisches.] Durch allerhöchste Decree vom 25. d. M. sind drei Prinzen von Preußen königl. Hoheit, von der Befehlshaltung über das Garde-, zweite, dritte und vierte Armeekorps in Folge der eingetretenen Reduktion und anderweitigen Formation der Truppen wieder entbunden worden. Das Garde- und dritte Armeekorps treten wieder unter das General-Kommando in den Marken, das dritte und vierte Armeekorps unter ihre eigenen Kommandos zurück. Sr. königl. Hoheit der Prinz von Preußen übernehmen dagegen wieder das Militär-Gouvernement in der Rheinprovinz und Westfalen verbunden mit dem Oberbefehl über das siebente und achte Armeekorps.

Des Königs Majestät haben unterm 23. d. M. die Wieder-Eröffnung der Kriegsschule und des zweiten und dritten Corps der Artillerie- und Ingenieurschule auf den 15. Februar d. J. anzubereiten geruht. Auch tritt die Ober-Militär-Examinations-Kommission wieder in Wirksamkeit. Die mobilen Truppen der verschiedenen Armeekorps werden so viel als möglich in Garnisonstädte verlegt, die Ersatztruppen aus den Festungen allmählig in die Standorte ihrer resp. Regimenter übergesiedelt. (C. C.)

Am 28. d. Mts. kamen hier 267 Personen an und reisten 230 ab. Angekommen: der großherzoglich-mecklenburg-schwedische Minister-Präsident Graf v. Bülowe aus Schwern. Abgereist: der k. großbritannische Kabinets-Sekretär Pawelanz, nach London. (C. C.)

* **Posen**, 28. Januar. [Dem Buchhandel und der Presse] stehen hier harte Schläge bevor. Zunächst sind der Buchhandlung von A. Woykowski und der „katholischen Buchhandlung“, dem Herrn v. Lubinski gehörig, die Konfession zur weiteren Betheiligung verweigert worden; der ersteren, weil die gemüthliche Wirthin als Frau nicht die erforderliche Garantie bietet; der letzteren, weil der Besitzer nicht selbst in Posen wohnt und das Geschäft leiten kann. Zur Abwicklung ihrer Geschäfte ist beiden eine Frist bis zum April oder Mai gewährt, wo die Lokale geschlossen werden müssen, wenn sie inzwischen nicht in Hände von Personen übergehen sollten, denen die Konfession erteilt werden kann. Ferner aber ist gegen den Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Valentin Stefanski polizeilich das Verbot des Besuchs Entziehung seiner Konfession zum Betriebe des Buchhandels, der Buchdruckerei, der Steindruckerei und seiner Leihbibliothek ertheilt worden, d. h. mit andern Worten, sein Geschäft in allen Zweigen zu schließen. Das eingeleitete Verfahren stützt sich darauf, daß Stefanski schon mehrmals wegen Verletzung der durch das Pressegesetz vorgeschriebenen Formen bestraft und auch einmal wegen Preßvergehens von den Geschwornen für schuldig erklärt und in Folge dessen zu einer Geldstrafe event. zuwöchentlichem Gefängnis verurtheilt worden ist, wogegen er jedoch appellirt hat. Inwiefern die einzelnen Uebertretungen des Gesetzes kommen wohl weniger bei dem Verfahren in Betracht, als die ganze politische Richtung und Thätigkeit des Stefanski überhaupt. Heute hatte derselbe auf dem Polizeidirektorium Termin, um seine Einwendungen gegen die angeordnete Maßregel zu protokollieren zu geben, doch läßt sich schwerlich daraus ein günstiges Resultat für ihn erwarten. — Mit der Unterdrückung der Stefanskischen Druckerei ist die ganze Oppositionspresse hier vernichtet. Der „Goniec polski“, der in derselben gedruckt wurde, wird schwerlich von einer andern Drukerei übernommen werden. — Gleiche Maßregel soll auch dem Buchhändler und Drucker Meyner angedroht sein, doch dürfte sie gegen diesen wohl nicht wirklich zur Ausführung kommen.

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

Dresden, 29. Januar. Die armen Kleinstaaten sind in der verweirtesten Lage. Preußen hat durch die Zustimmung zu dem österreichischen Vorschlag, ein Köpfiges Direktorium mit 11 Stimmen zu bilden, seine bisherigen Verbündeten gänzlich preisgegeben, und Oesterreich die Geltendheit verschafft, den Königen von Böhmen eine angemessene Belohnung für ihre guten Dienste zu erteilen. Die Kleinstaaten haben trotz ihrer ohnmächtigen Isolirung den Muth behalten, sich gegen die vorgeschlagene Reorganisation zu erklären und einige derselben sind sogar so edelmüthig, in ihren Protesten den Dualismus zu bekräftigen, den Preußen zwar erstrebte, aber nicht erreichen konnte. — Hr. v. Alvensleben ist früher fort, den früheren Verbündeten Preußens gegenüber eine sehr schweigsame Haltung zu beobachten, welche die kleinstaatliche Diplomatie über die eigentlichen Absichten Preußens durchaus in Zweifel läßt.

Der sächsische Hof sucht eine Annäherung zwischen mehreren Regenten der wichtigeren norddeutschen Kleinstaaten und dem Hause Habsburg zu vermitteln. Die Ankunft des Herzogs von Koburg-Gotha ist bereits berichtet worden; seit einigen Tagen spricht man von anderen ähnlichen Besuchen, die hier erwartet werden, und nennt darunter auch sogar den Herzog von Braunschweig.

Es ist unlegbar, daß das hingebende Vertrauen geschwunden ist, mit welchem die Kleinen während der ganzen Entwicklung der Union an Preußen festhielten, und daß sie nun großentheils die möglichste Annäherung an Oesterreich, das allgebietende Oesterreich, suchen. Von Seite Oesterreichs legt man jedoch kein großes Gewicht auf diese Aenderung der Stimmung. Oesterreich weiß, daß dieselbe nur momentan durch die Stellung hervorgerufen ist, die es gegenwärtig in Deutschland einnimmt, und daß bei der nächsten Veranlassung diese Regierungen durch ihre geographische Lage, durch ihre politische und ökonomische Entwicklung wieder zu Preußen hingezogen werden. Die Kleinstaaten sehen ihren Abfall von Preußen, welches nicht den Willen zeigt, ihren Einfluß zu schütten, eben auch nur als provisorisch an und hoffen noch immer, daß zur Zeit der höchsten Noth endlich doch ein Umschwung in der Politik Preußens eintreten werde.

Die Proteste gegen die vorgeschlagene Stimmenreduktion im engeren Rathe sind zum Theil in dieser Hoffnung erlassen. Einige der kleinstaatlichen Diplomaten versichern, daß ihre Regierungen aus Berlin die beruhigende Zusicherung erhalten haben, daß Preußen niemals eine Zwangsanwendung gegen eine der Regierungen dulden werde, welche sich weigern sollten, der neuen Bundesorganisation zuzustimmen. Preußen hat bei Gelegenheit der Interpretation der Verbindlichkeit der Fürsten in Betreff der Erfüllung des abgeschlossenen Unionsvertrages schon den Beweis gegeben, daß seine Ansichten über die Unabhängigkeit des Willens der souverainen vertragsschließenden Fürsten sehr weit gehen. Oesterreich zeigt indes weniger Lenklichkeit in der Anlastung der souveränen Rechte der Kleinstaaten. Es wird nicht sofort mit Exekution oder Occupation vorgehen, aber es wird, wenn andere Mittel erfolglos bleiben sollten, nicht ansehen, militärische Maßregeln zu ergreifen. — Bis jetzt diplomatisch am noch, kommt freundlich entgegen und sucht durch Auseinandersetzungen die Unmöglichkeit irgend einer andern Organisation darzutun.

Auf die Proteste antwortete Graf Buol, daß die Sache zu solchen Akten ja noch gar nicht reif sei, daß man doch erst nur Instruktionen eingefordert habe, um die Angelegenheit vor das Plenum bringen zu können, daß die Exekutivgewalt der Regierungen in ihren Staaten möglichst wenig beschränkt werden solle, daß man sich nur hohe Polizei und „wahrhaft gemeinnützige Angelegenheiten“ für die Bundesregierungen vorbehalten wolle, daß die Befugnisse, Beschlüsse durch Stimmenmehrheit zu fassen, nicht über die Grenze des unabwieslich Nothwendigen erweitert werden sollen. Schöne, herablassende, besänftigende Worte, die den Diplomaten wie Honig von den Lippen fließen, die aber schon wegen ihrer allgemeinen Fassung durchaus keinen realen Werth haben. (N. 3.)

Es stellt sich immer mehr heraus, daß Preußen einem Zwange gegen die der neuen Organisation der Bundesgewalten etwa beharrlich widersprechenden Regierungen abgeneigt ist, während Oesterreich denselben in der möglichsten Weise zu unterstützen sucht. Inzwischen ist man bemüht, die Bedenken der Widersprechenden dadurch zu beseitigen, daß man die Bestimmungen aufnehmen will, es dürfe die Bundesregierung ihre Befugnisse nur nach den von der Legislative festzustellenden Normen ausüben, und diese Normen dann auch gehörig präzisiren will. Auch dürfte man noch einzelnen Staaten, namentlich Baden und Hessen (ich will nicht sagen, weil sie Frankreich näher sind) Konfessionen betrefend der Gruppierung machen. Zu den Befugnissen der Bundesrekursbehörde dürfte auch die Ernennung der Bundesbeamten kommen, zugleich aber diesem Organe ausdrücklich zur Pflicht gemacht werden, in allen Angelegenheiten, welche besondere Berufswissenschaften erfordern, sich des Rathes von Sachverständigen zu bedienen. Eine Zusammenkunft der Monarchen Rußlands, Oesterreichs und Preußens in Warschau in der Mitte des Monats März hält man hier für gewiß; ebenso aber auch, daß vor dieser Zeit kein Abschluß in der deutschen Frage erfolgen werde. (D. A. 3.)

Frankfurt, 28. Januar. [Salongespräche.] In hiesigen diplomatischen Kreisen hält man die Einsetzung einer provisorischen Centralgewalt nicht allein für vollkommenen gewiss, sondern glaubt auch von den Bedingungen, unter denen sie ins Leben treten wird, ziemlich genau unterrichtet zu sein. Was wie in dieser Hinsicht erfahren, ist Folgendes. Bei dem abemaligen Interim soll im Wesentlichen der Vertrag vom 30. September 1849 zu Grunde gelegt, außerdem aber die einstweilige Exekutivbehörde, und zwar für den Fall ausbrechender Unruhen in Nachbarländern, mit den Befugnissen einer vollständigen Militär-Diktatur ausgerüstet werden. Der Vorschlag von einer, und wie man glaubt von österreichischer Seite geht dahin, insbesondere bei den von Frankreich her drohenden Gefahren, den Sitz dieser interimistischen Centralgewalt nach Frankfurt zu verlegen. Auch will man hier bereits wissen, daß die Frage wegen der Revidirung demgemäß ihre Entscheidung finden werde. Die Träger der Exekutive würden Sr. königl. Hoheit der Prinz von Preußen und Sr. königl. Hoheit der Erzherzog Albrecht von Oesterreich sein. Letzterer, ein Sohn des aus den Befreiungskriegen in dankbarer Erinnerung geliebten verewigten Erzherzogs Karl, kommandirt bekanntlich das dritte böhmische Armeekorps und ist zugleich der gemüthliche Gouverneur von Mainz. Es heißt, daß das erneuerte Interim späterstens um die Mitte nächsten Monats anheben werde. Daneben verlautet nun, daß die Dresdener Konferenzen abgebrochen und dann gleichzeitig mit dem Beginn der provisorischen Centralgewalt hier wieder aufgenommen werden sollen. Wir hören dafür als Grund anführen, daß einmal eine örtliche Trennung der interimistischen Exekutive von dem legislativischen Körper die Wirksamkeit Beide in zu hohem Grade beeinträchtigen würde; außerdem aber könne der hier fortregierende sogenannte Bundesrat nicht in seinem Bestande belassen werden, ohne die Verwirrung aufs Höchste zu steigern; sodann sei endlich die vorgeschlagene Einschränkung des engeren Rathes bei dem Widerspruch der beteiligten kleineren Staaten unausführbar, es bleibe deshalb, und da auch das wieder geltend gemachte Gruppensystem keine Aussicht auf Annahme habe, nichts anderes übrig, als für den Augenblick vollständig zum früheren Bundestage zurückzufahren, dessen nächste und ausschließliche Thätigkeit dann in der Revision der Verfassung und in der Aufstellung neuer Normen bestehen würde. In Berlin soll diese Angelegenheit schon zu der weitem Frage geführt haben, wenn die Betretung Preußens bei dem von allen Staaten beschiedenem Bundestage zu übertragen sei, wenn der gegenwärtige Regierungs-Kommissarius in Dresden nicht geneigt wäre, die Mission nach Frankfurt anzunehmen? Die Herren Generalleutenants v. Selasinski und v. Keyser werden als diejenigen Personen bezeichnet, auf welche das preussische Ministerium vorzugsweise seine Wahl richten würde. — In dem Gesagten haben Sie feilich nur den Inhalt hiesiger Salongespräche vor Augen, doch steht uns die Erfahrung dafür genugsam zur Seite, daß man hier in der Regel besser, als an manchen unmittelbaren betheiligten Orten von der weiteren Entwicklung oder richtiger Verwickelung unterrichtet ist. — Seit einigen Tagen befindet sich Herr Stemann wieder hier. Er ist von Dresden zurückgekehrt und hat jetzt Gelegenheit, die Stimmung der hiesigen Diplomatie in Betreff Rendsburg kennen zu lernen. Für den Abgesandten der ehemaligen Statthaltschaft kann es nur erfreulich sein, der vorherherrschenden Ansicht zu begegnen, daß der „Bund“ ungesühnte Schritte thun müsse, die Zugehörigkeit des Dtes zu Deutschland außer Frage zu stellen. Man meint und wünscht hier, daß Rendsburg sofort zur deutschen Bundesfestung zu erklären und daß dieses

Verhältnis ohne Verzug durch deutsche Besatzung vor weiterer Anweisung zu wahren sei. (Conf. 3.)

Kassel, 29. Jan. [Tagesbericht.] Seit einiger Zeit ist ein Gerücht im Umlauf, das wir bisher unbeachtet ließen, weil wir es nur als ein solches betrachteten. Da es aber immer verwickelter wieder auftaucht und sogar von vielen Seiten mit aller Bestimmtheit wiederholt wird, so dürfen wir dasselbe nicht länger unerwähnt lassen. Hiernach soll nämlich die kurbesische Regierung auf dem Punkte stehen, mit der österreichischen einen Vertrag abzuschließen oder auch bereits abgeschlossen haben, wonach der größere Theil des kurbesischen Armeekorps nach Böhmen und dagegen ein österreichisches Armeekorps nach Kurhessen verlegt werden soll. Hier werden bereits mit aller Bestimmtheit die Regimenter bezeichnet, welche an diese neuen Bestimmungsorte ausmarschiren werden. Sollte sich dieser Austausch der Truppen verwirklichen, so würden wir darin nur einen neuen Trumpf erblicken, der gegen Preußen ausgespielt wird.

Wiesbaden, 25. Jan. [Zolleinigung.] Die Nassauische allgemeine Zeitung äußert sich heute unter Anderm, daß eine allgemeine deutsche Zolleinigung mit gemeinschaftlicher Revenüvertheilung ihr fast unmöglich scheint. Halten wir fest an dem, was wir haben. In Oesterreich ist ein einschlägiger hoher Tarif vorgeschlagen, der noch nicht einmal befriedigt; die zum Ende dieses Monats einberufenen Sachverständigen werden Erhöhungen beantragen, auch den Wunsch aussprechen, daß der erst zu kreirende österreichische Reichsrath das Ganze erwäge, und wie sollen wir uns um dergleichen kümmern? Erst wenn die österr. Gesamtmonarchie einen rite eingeführten Tarif hat, können Zollvereinbarungen mit ihr unterhandeln. Das ist unser Votum.

Karlsruhe, 27. Januar. [In der zweiten Kammer] wurde in Betreff des Staatsvertrages vom 4. Dezember 1850 zwischen der großherzoglich badischen und der königlich württembergischen Regierung über die beiderseitigen Eisenbahnen die Zustimmung der Kammer ausgesprochen, jedoch mit dem Zusatz: „Die Kammer erklärt zu Protokoll, sie erkenne für dringend nötig, daß den Nachtheilen, die der badischen Hauptbahn durch den Anschluß an Württemberg drohen, dadurch vorgebeugt werde, daß Baden gleichzeitig die Bahn von Haltingen rheinwärts gegen Konstanz, und zwar vor der Hand wenigstens bis Wadshut beginne und baue, so daß dieselbe wo möglich gleichzeitig mit dem Anschluß an Württemberg vollendet werde.“

Hamburg, 29. Januar. [Einmarsch der Oesterreicher.] Soeben sind zwei Bataillone Oesterreicher hier eingedrückt, mit General Görger an der Spitze. Sie sind vom Regiment Erzherzog Ludwig und bestehen zum Theil aus Deutschen, Böhmen und Mähren. Es sind lauter junge Leute. Jedes Bataillon ist 1400—1500 Mann stark. Es heißt, daß morgen noch ein Bataillon folgen wird, welches der Erzherzog Leopold kommandirt.

Die Werbung für Brasilien wird hier im Geheimen betrieben, aber weder der hiesige brasilianische Konsul, noch Herr Rege de Barros, sind unmittelbar dabei betheilig. Der brasilianische Ingenieur Barrios, so wie ein hiesiger Advokat, der die Kontrakte ausfertigt, sind die Hauptbetheiligten, die wieder ihre Unteragenten haben. Nach einer uns zugegangenen Mitteilung ist der General v. Gerhard wirklich in brasilianische Kriegsdienste getreten.

Am Sonntag Abend gegen 7 Uhr legte ein Boot mit dänischer Parlamentarflotte bei Heiligsbafen an, und der das Boot befehligende dänische Offizier wünschte den Bürgermeister zu sprechen, wegen Empfangnahme der auf Fehmarn zu Hause gebörenden Permittirten aus der schleswig-holsteinischen Armee. In Folge dieser Rücksprache wurden am nächsten Morgen von 10 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr die Permittirten mittelst Fahrzeugen zu je 15 Mann nach Fehmarn befördert. (Ref.)

Lauenburg, 23. Jan. [Ueber den Elbübergang des k. l. österreichischen 4ten Armeekorps] wird Folgendes gemeldet: „Am 15. und 16. Januar zeigte sich ziemlich viel Treibeis; die passirten Garde-Pontons waren nicht angekommen, das Eis würde die Ankertauere zerschneiden haben. Der österreichische General ließ melden, daß sich, wegen Nachschub der Eisenbahn, die Truppenmasse zu sehr häufe; es müsse Anhalt zum Uebersehen gemacht werden. Laut Verabredung mit dem Fährpächter wurden hier 43 kleine Rähne und am ersten Tage auch 15 Fischerböte und 2 Spillen zum Kanonen- und Baggage-Transport eingerichtet. Spiegelbläue und Windfille begünstigten das Unternehmen. Alles Fußvolk erhielt Befehl, sich, so wie es ankam, geradeüber nach Hohnsdorf zu ziehen; unsere Flottille lag bereit, und so hatten wir den überalldurch merkwürdigen Anblick und das seltene Beispiel, daß auch ohne Brücke 18,000 Mann (pro Kopf 1/3 Sch. Fährge) auf einem 1200 ft. breiten Stromsicher und glücklich ohne allen Unfall überfahren konnten, wenn so gewandte tüchtige Seifensleute, wie hier, dazu befähigt sind, was auch rühmend anerkannt ward. Am 17ten d. hörte man früh um 4 Uhr jenseits in allen Dörfern Trommelwirbel, und von 8—11 Uhr wurden 3600 Mann (3 Bataillons à 6 Kompagnien) trefflich, ohne Schaden, schnell übergezogen — 650 in jeder Fahrt — die so allmählig eintrafen, sich auf dem Deiche aufstellten, und hätten wohl 9000 herüberkommen können, wenn sie zur Hand gewesen wären, so angreifend die Arbeit auch sein mochte. Das Regiment Wellington ist ein neu und schön belleidetes; weiße Waffenrocke, orangefarbene Kragen und Aufschläge, enge Eskorten mit Stern und Pompon, hellblaue Hosen mit weißen Kigen, weißes Lederzeug, tablerdebraune Tornister, blaue Handschuhe, vollkommene Ausrüstung in dem Zubehör, neue Flinten mit Perforationspannendeckeln, die Offiziere mit theilweise flachen kleinen Hüten à la Wellington bilden seine Eigenthümlichkeit. General v. Jöbel logierte bei Grafen v. Hausfort, Oberst Brunner in Mintens Hotel. Die vielen Leutenants sind meist junge Männer. Von allen Offizieren rühmte man Bildung, und von der Mannschaft (Böhmen) ein verständig gestreutes enkes Benehmen. Eine gute sechspfündige metallene Batterie (6 Kanonen, 2 Haubizen) kam auch herüber, mit den Generalen Theiner und Signorini, und wurden nach Schnakenbeck verlegt. Am 19ten d. kam das Regiment Schwarzenberg auf dieselbe Weise von 9—10 Uhr herüber, 3600 Mann (18 Kompagnien) mit blauen Kragen, engen Pantalons, gepulter weißer Lize und Schnürstiefeln, lauter Ungarn, Zigaretten. Am 20ten d. kam Erzherzog Albrechts 3600 Mann starkes 44. Linien-Infanterie-Regiment, Lombarden und Italiener, mit krapprothem Kragen (70 Muffler mit alten Instrumenten, Oberst Witemann), die trotz kalten Wetters den Charakter fröhlicher Denker, heiterer Strahlen-Conversation und verschiedener Nationalgefänge per la Patria fundgaben und sich gut benahmen. Auch 1 Kaiser-Jäger-Bataillon, 500 Mann Süd- und Nord-Drover, mit aufgeschöpftem Hut, gelbem Messinghorn, blau-weiß hufischer Uniform mit Grün, 24 Mann hübsch spielender Hornmuff, mit dem Charakter der Offenheit, Biederkeit, Geradheit, Redlichkeit und einer wahren Felsenart, kam hier an. Am 22ten d. kam das Regiment Rügen, 3600 Mann, mit grau-schwarzem Kragen, galizische Polen, von deren Charakter und Benehmen weniger Lobenswerthes aufzuweisen. Am 23ten d. Erzherzog Ludwigs Regiment, 3600 Mann, mit grünem Kragen, mährische und wendische Landessinder, die um stiller und ordentlicher waren. Außer den Generalen Martini, Görger, v. Bergen ic. kam auch Erzherzog Leopold, eine 6 bis 7 Fuß hohe Erscheinung, im weißen, rotzbelegten und gestuterten Mantel, mit laiferlichen Erbgelbesigen, hier an, und verweilte eine Nacht. Ober-General Ledebich, ein unterfester Mann, begleitete ihn. Eine zwölfpfündige Batterie kam auch mit herüber. Und die preussischen Garde-Pioniere gaben uns mit

31 Pontons das anschauliche Bild, wie man Brücken baut, schweiz mit Musik herüber, wo in Artenburg die andern zwei Sektionen mit 62 Pontons auf Wagen eintrafen, und am 24ten d. die Brücke fertig wurde.“ (Sf.-3.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 29. Januar. Heute heißt es hier, daß Rendsburg von 6000 Mann Bundesstruppen und das sogenannte Kronwerk von 800 Mann Dänen besetzt werde. Preußen dringt darauf, an der Besetzung Theil zu nehmen. Oesterreich wird seine ungarischen und italienischen Mannschaften dahin verlegen. Ganz Gewisses dürfte in Betreff der Aufbesetzung der Dänen noch nicht ausgemacht sein; von der Statthaltschaft ist ein Protest eingereicht worden, in welchem der Rechtspunkt und die faktischen Schwierigkeiten eines solchen Zugeständnisses hervorgehoben sind. — Es ist ganz unzweifelhaft, daß eine vollständige Auflösung der schleswig-holsteinischen Armee bevorsteht. Es wird sodann das holsteinische oder holstein-lauenburgische Kontingent neu errichtet werden. — Man erwartet die Einsetzung der neuen, man darf wohl sagen, könig-herzoglichen Regierung, noch in dieser Woche. Dem Vernehmen nach wird dieselbe aus fünf Personen bestehen, von denen Febr. v. Heine, Syndikus Prehn in Altona und Ober-Gerichtsrath Malmros mit Bestimmtheit bezeichnet werden. Hr. v. Moltke, Administrator der Grafschaft Ranzau, früher Mitglied der gemeinsamen Regierung, hat aus Gesundheits-Rücksichten abgelehnt. Ob Febr. v. Blome-Heiligenstedten eintritt, erfährt man noch nicht gewiß. (H. C.)

Altona, 29. Januar. Nach einem Berichte aus zuverlässiger Quelle hat eine hohe Person in Berlin über die Bildung der neuen Regierung in Holstein geäußert, daß eine möglichst geringe Veränderung im Personal zu empfehlen sein dürfte, da die unter der bisherigen Regierung herrschende musterhafte gesetzliche Ordnung und die bereitwillige Leistung der Schwere Opfer des Landes von dem Vertrauen zeugt, welches die Regierung bei der Bevölkerung genießt und weil selbst die gute Aufnahme der fremden deutschen Truppen durch Fortdauer der seitherigen Verwaltungsmaximen befördert werden dürfte; es sei doch wünschenswerth, daß die Landesbewohner fernerhin schwere Lasten gutwillig und nicht aus Furcht vor Boyotten aufbringen. Insbesondere sei es ein seltenes Beispiel, daß eine in unruhiger Kriegszeit neu organisirte Verwaltung in so kurzer Zeit sich so bemüht habe, daß man von erheblichen Beschwerden über einzelne Zweige der Staatsgeschäfte nichts vernommen. Vorzüglich ausgezeichnet wäre die Kriegsverwaltung — namentlich die Verpflegung der Truppen und die Fürsorge für das Kriegsmaterial, so wie die Ordnung und Pünktlichkeit des Finanz-Departements.

Die dänische Garde, die Husaren und dänischen Dragoner sind heute, so weit die Fahrzeuge hinreichten, bei Eckernförde eingeschifft worden. (H. C.)

Oesterreich.

* **Wien**, 30. Jan. [Tagesbericht.] Die Grundzüge der politischen Verwaltungen-Behörden im lombard-venet. Königreiche sind nun vom Kaiser genehmigt und festgesetzt. Das Königreich bleibt wie bisher in das lombardische und venetianische Gebiet eingetheilt. An der Spitze der Verwaltung stehen die Statthalter, welche in Mailand und beziehungsweise in Venedig ihren Sitz haben. Die Statthalter sind unmittelbar dem Ministerium untergeordnet. Verfügungen gegen ihre Anordnungen und Einrichtungen sind an das Ministerium zu richten. In Mailand und Venedig werden Polizeipräfecturen errichtet, die unmittelbar dem Statthalter unterstehen. Das lombardische Gebiet theilt sich in die Provinzen Mailand, Bergamo, Brescia, Gama, Cremona, Lodi, Mantua, Pavia und Sondrio. Das venetianische Gebiet in die Provinzen Venedig, Belluno, Pavia, Rovigo, Treviso, Udine, Verona und Vicenza. Die Verwaltung der Provinzen leitet und befragt der Delegat mit dem Amtesitz in dem Hauptort der Provinz. Die Delegaten bilden die erste administrative Instanz in den Angelegenheiten der betreffenden Provinzen und sind unmittelbar dem Statthalter untergeordnet. Die Delegation übernimmt die Geschäfte der vor-maligen Polizeikommissariate. Die Provinzen werden in Distrikte eingetheilt, deren Verwaltung von Kommissaren besorgt wird, welche unmittelbar dem Delegaten untergeordnet sind. — Die Vorsteher der politischen Verwaltungsbehörden sind für die gesammte Geschäftsführung verantwortlich. Die politische Verwaltung gehört zu oberst in das Bereich des Ministeriums des Innern. — Sowohl in Mailand als in Venedig wird unter dem Vorsteher des Statthalters eine besondere, unmittelbar dem Ministerium des Innern unterstehende Organisations-Kommission gebildet, welche im Einvernehmen mit der Justiz-Einführungs-Kommission im Allgemeinen die zur baldigen Einführung der neuen politischen Verwaltungsbehörden geeigneten Maßregeln zu treffen hat. Bei Befugung der Dienststellen sind vorzugsweise gute politische Gesinnungen, der höhere Grad der Befähigung und bewährte Thätigkeit zu berücksichtigen.

In einigen Tagen kommt der Cardinal-Erzbischof von Prag hierher, um die kirchlichen Angelegenheiten zum Abschluss zu bringen.

Der österreichische Präsidial-Bundestags-Gesandte in Frankfurt, Graf Thun ist um seine Entlassung eingekommen.

Ueber die Aufnahme der Deputation des hiesigen Gemeinderaths, welche dem Ministerpräsidenten eine Dankadresse für seine Verdienste um die Aufrechthaltung der Ehre und des Ruhmes Oesterreichs und der Bewahrung des Friedens überreichte, erfährt man, daß Fürst Schwarzenberg die Vater der Stadt sehr gnädig empfing und sich in inhaltschweren Worten äußerte über den Ruhm und die Größe Oesterreichs im Vergleiche zu seinem von den Feinden seines Bestandes allgemein prophezeigten Untergang. Er sagte: „Die Heere Oesterreichs sind es, welche von Arcona bis in den fernsten Norden Deutschlands dem Geize Achtung, dem Rechte seine Geltung, der Ehre und Größe Oesterreichs die verdiente Anerkennung zu verschaffen wußten.“

Die Vertrauensmänner sind gewählt, welche, in Gemäßheit der Bestimmungen des neuen Theater-Gesetzes, den hiesigen Statthalter mit ihrem Rath unterstützen sollen. Dieselben bestehen stadthauptmannschaftlicher Seite aus dem Vorstande und dem Revisor des früher bestandenen Bücher-Revisionsamts, Rath Höls, und Hrn. Jennotta, dann dem Beamten im Ministerium des Innern, Hrn. Emanuel Straube, und den dramatischen Dichtern Grillparzer, Halm und Deinhardstein.

Die Verpflegungskosten der Besetzung Hamburgs durch 3—4000 Mann Oesterreicher werden dem Staate vergütet, und zwar täglich pro Mann mit 2 Schilling, unter Anweisung auf die Bundeskasse. Sechs Kreuzer nämlich beträgt für einen Tag in Oesterreich die etatsmäßige Vergütung auf den Mann, während in Preußen 6 Sgr. für den Mann bezahlt wird.

Gestern ist Ernst Graf v. Reventlow von hier nach Hamburg abgereist.

Frankreich.

Breslau, 31. Januar. Die neuesten Nachrichten aus Paris vom 28. Januar, so wie sämtliche rheinische Zeitungen sind heute ausgeblieben.

Großbritannien.

London, 27. Jan. Die Admiralität hat neue Depeschen von den Schiffen der zur Auffuchung Franklin's nach der

